Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 12.—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 73 III
Fernsprecher:
Schriftleitung: Amt Moritzplatz 614, 964, 965, 1590, 1589, 1588. Alle Redaktionsposten 1890.
Geschäftsstelle: Amt Moritzplatz 1903, 3248, 3394.

Preis für die Anzeigenzeile Nr. 1. — zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 4.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 327. Freitag, 11. Juli 1919. Morgen-Ausgabe. 58. Jahrgang.

Abbau der deutschen Verwaltung in Danzig.

Eigene Drahtmeldung.

F. Danzig, 10. Juli.

Der Abbau der deutschen Verwaltung in Danzig und Westpreußen hat bereits begonnen. Das Danziger Postscheckamt teilt seinen Kunden mit, daß die Uebersiedelung des Amtes nach Stettin in allernächster Zeit bevorsteht. Die Eisenbahnverwaltung fährt fort, die wertvollsten Materialien aus den abtretenden Gebieten abzutransportieren, so daß heute die polnische „Gazeta Gdanska" in einem scharfen Artikel die Eisenbahnarbeiter und Beamten auffordert, gegen diesen Abtransport einzuschreiten, denn sonst werde binnen kurzer Zeit der ganze Betrieb ins Stocken geraten. Man sehe jetzt nur noch die leichtesten Maschinen auf den Strecken im Osten. Die Beamtenfamilien, vor allem die oberen, rüsten sich mit größter Beschleunigung zur Abreise, obwohl die Behörde die Beamten ständig auffordert, auf ihrem Posten auszuharren.

In einer Mitteilung des Generalkommandos heißt es:

Da die Schlagfertigkeit der Truppen des Ostens keinesfalls geschwächt werden darf, ist es nötig, daß die in den abzutretenden Gebieten Behelmateten ihren Truppenteil vorläufig nicht verlassen. Alle in diesen Gebieten und in den Abstimmungsgebieten wohnhaften Militärpersonen werden auf ihren Wunsch ohne Kündigung und ohne Rücksicht darauf, ob sie noch für längere Zeit verpflichtet sind, vorläufig vor dem Einrücken der Polen bzw. dem Abstimmungstermin entlassen werden. Die Versorgungsansprüche der ausscheidenden Militärpersonen bleiben gesetzlich bestehen. Die Art der Auszahlung wird durch Verhandlungen mit dem polnischen Staate geregelt werden. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, werden die Truppen des 17. Armeekorps, wenn sie aus den an Polen abzutretenden Teilen zurückgezogen werden müssen, im östlichen Teile der Provinz Pommern unkergebracht werden. Einzelheiten über die Verteilung der Truppen auf dieses Gebiet stehen noch nicht fest. Zunächst wird nach der Durchführung der Räumung an der neuen deutschen Grenze ein militärischer Grenzschutz wieder eingesetzt werden müssen. Der Zeitpunkt für die Verlegung der Truppen läßt sich noch nicht übersehen, da der Friedensvertrag für die Räumung der abzutretenden Gebiete keinerlei Fristsetzung enthält. Hierüber werden zunächst noch Verhandlungen mit dem Verband stattfinden.

In Danzig ist heute nachmittag der vom Danziger Magistrat ernannte Verfassungsausschuß zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten. Den Vorsitz führt Oberbürgermeister Sahm. Dem Verfassungsausschuß gehören die politischen Parteien auf Grund des Wahlergebnisses zur deutschen Nationalversammlung an. Danach haben erhalten:

Die Mehrheitssozialdemokraten 20 Sitze, die Demokraten 11, die Deutschnationalen 8, das Zentrum 7 und die Unabhängigen 2 Sitze. Den Polen, die sich nicht an den Wahlen zur Nationalversammlung beteiligt haben, sind drei Sitze eingeräumt worden, so daß der Ausschuß aus 52 Mitgliedern besteht. Als Kommissare wohnen den Verhandlungen bei: Vertreter des Danziger Magistrats, des Magistrats Zoppot und der vier beteiligten Landkreise. Als erste wichtigste Frage soll der Ausschuß sich mit der Errichtung einer Wahlordnung zu der verfassunggebenden Versammlung beschäftigen. Diese Verfassung soll nach einer Erklärung des Bürgermeisters Sahm auf breitester demokratischer Grundlage aufgebaut werden. Das Wahlrecht wird sich an das jetzt bestehende deutsche und preußische Wahlrecht eng anschließen. Die Sitzungen des Verfassungsausschusses sind nicht öffentlich.

Der englische Oberst Perkwel, der am Dienstag zur Einleitung der Uebergabearbeiten in Danzig eingetroffen ist, weilt seit gestern in den übrigen Teilen der Provinz Westpreußen, um sich auch hier über die Stimmung zu orientieren.

Ein polnischer Aufruf an die Polen Westpreußens.

Eigene Drahtmeldung.

ch. Thorn, 10. Juli.

In Posen schweben zurzeit Verhandlungen über eine Ausgestaltung der amtlichen polnischen Telegraphenagentur. Eine Reihe von Großkaufleuten hat sich bereit erklärt, die nötigen Mittel hierfür zur Verfügung zu stellen.

Der Unterkommissar für Polnisch Westpreußen, Dr. Josef Wybicki, richtet an alle Polen die Aufforderung, Ruhe und Würde zu bewahren. Es heißt darin: Es ist nicht polnische Art, sich über einen Unglücklichen lustig zu machen, und es liegt nicht im polnischen Gefühl, den Schwächeren zu verhöhnen. Wenn uns die Deutschen nicht angreifen werden, können sie sicher sein, daß auch niemandem ein Haar gekrümmt wird und daß keinem deshalb ein Unrecht geschieht, weil er ein Deutscher ist. Solange die die neue Behörde ihren Posten nicht übernommen hat, werden wir, die polnische Bevölkerung, auf Ordnung achtgeben und Leben, Hab und Gut sowohl unserer wie der deutschen Bürger schützen. Stammesgenossen, wir wollen und auch jetzt des Namens Polen würdig zeigen. Wir sind ein Volk mit hoher moralischer Kultur, und diese Kultur wollen wir jetzt beweisen.

Gegen eine deutsch-polnische Republik.

F. Danzig, 10. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) In polnischen Kreisen macht man starke Stimmung gegen die deutsch-polnischen Bestrebungen, aus den an Polen abzutretenden deutschen Gebieten eine selbständige deutsch-polnische Republik, die aus Westpreußen, Masuren, Posen und Schlesien bestehen soll, zu machen. Eine große Polenversammlung in Danzig, die von über 1000 Personen besucht war, nahm in dieser Richtung folgende Entschließung an:

Wir protestieren feierlichst und entschieden gegen die deutschen Machenschaften, die nur danach streben, uns weiter zu unterdrücken und uns zu beherrschen. Wir hoffen, daß sich kein Verräter finden wird, der die deutschen Pläne unterstützt. Wir verlangen bedingungslos volle Freiheit für Polen in einem einheitlichen Staat vereinigt zu werden.

Die Preise für Lebensmittel sind in Warschau derartig gefallen, daß sie bald den Preisen vor dem Kriege gleichkommen. Man bezahlt in Warschau für ein Pfund Speck 3.60 M., Kaffee kostet 3.60 M. die Seife 1.54 M. Reis 2.40 M., Tee 3.60 M., Schmalz 4.15 M., Zucker 1.25 M., Kakao 9.15 M., Bohnen 1.85 M., kondensierte Milch 1.40 M. ein Paar gute Schuhe kosten 30 M., ein guter Anzug 150 M. Die Bevölkerung ist schon jetzt allgemein gut versorgt.

Angriff auf Petersburg?

Der Verband unterstützt Koltschak und Finnnland.

Drahtmeldung.

Amsterdam, 10. Juli.

Nach dem Pressebureau Radio hat der Rat der Fünf den Plan eines gemeinsamen Angriffs der finnischen Truppen und der Truppen Koltschaks auf Petersburg gebilligt. Eine gleichlautende Note ist den Militärattaches der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs und Italiens zugegangen, in der sie angewiesen werden, die finnische Regierung zu unterstützen, wenn diese beschlossen sollte, dem Ersuchen Koltschaks um Hilfeleistung stattzugeben.

„Times" melden aus Helsingfors Einzelheiten über die Organisation der vorläufigen Verwaltung, die in Petersburg nach der erwarteten Eroberung errichtet werden soll. General Judenitsch hat sich dem Oberbefehl Koltschaks unterstellt und wird daher keine unabhängige vorläufige russische Regierung, sondern nur eine örtliche Verwaltung für Petersburg und die umliegenden Gouvernements auf der Grundlage der von der allrussischen Regierung in Omsk festgelegten Politik bilden.

Die Ueberwachung der Friedensbedingungen.

S. Haag, 10. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Laut einer amerikanischen Meldung werden 200 Verbandsoffiziere sich nach Deutschland begeben, um die Ausführung der Friedensbedingungen zu überwachen. Die Kommission wird ihren Sitz in Berlin haben; Unterkommissionen werden auf alle Teile Deutschlands verstreut werden.

England bestreitet die Ermordung der Deutschen in Scapa-Flow.

S. Haag, 10. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die englische Presse versucht die Beschuldigung eines Augenzeugen von Scapa-Flow, daß auf wehrlose Deutsche geschossen worden ist, zu bestreiten, trotzdem diese Tatsache durch englische Augenzeugen, nämlich den bekannten Maler Gribble erhärtet wird.

Wilsons Berichterstattung im Senat.

Amsterdam, 10. Juli. Das Pressebureau Radio meldet aus Washington, daß der Senat gestern beschlossen hat, Wilsons Mitteilungen über den Friedensvertrag und die begleitende Botschaft am 11. Juli in öffentlicher Sitzung entgegenzunehmen. Wilson wird um 12 Uhr 15 Min. vor dem Senat erscheinen.

Die Exchange Telegraph Company meldet aus Washington daß Senator Borah erklärt hat, das vorgeschlagene Bündnis zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten sei ein vorzeitiger Nekrolog des Völkerbundes als einer Friedensliga. Clemenceau habe das Bündnis als Preis für die Unterstützung des Völkerbundes durch Frankreich verlangt, ebenso wie Japan Schantung dafür verlangt habe.

Die Loslösungsbestrebungen in der Pfalz.

Mannheim, 10. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Emanzipationsabsichten in der Pfalz sind jetzt in ein neues Fahrwasser gekommen und gehen über die früheren Ziele hinaus. Bisher begnügten sich die Drahtzieher damit, auf einen zwar autonomen Staat, aber doch innerhalb des Rahmens des deutschen Reichs hinzuarbeiten. Neuerlich liebäugeln sie mit dem Gedanken, aus der Pfalz ein neues, vollkommen selbständiges Staatswesen ohne jeden Zusammenhang mit dem deutschen Reich zu machen. Der Plan geht dahin, die Pfalz unmittelbar dem Völkerbund zu unterstellen.

Leider kann man nach der Auffassung hiesiger loyaler Kreise diesen Machenschaften unverantwortlicher Elemente die Bedeutung deshalb nicht absprechen, weil die traurigen, durch den Frieden geschaffenen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse Deutschlands einen Anreiz bieten, den Anschluß an neue, vom deutschen Reiche unabhängige Staatsgebilde zu vollziehen.

Die Kabinettsberatungen.

Das Kabinett hat in seiner Donnerstagssitzung über die Umsatzsteuer und das Reichsnotopfer verhandelt.

Die Ratifizierungsurkunde ist gestern nacht, vom Reichspräsidenten unterschrieben, abgegangen.

Die Neuwahl des demokratischen Parteivorstandes.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

Weimar, 10. Juli 1919.

Die demokratische Fraktion der Nationalversammlung hat eine Neuwahl ihres Vorstandes vorgenommen. Zum Vorsitzenden der Fraktion wurde der Abgeordnete Schipper gewählt. Ein anderer Ausschuß wurde aus den Abgeordneten Dr. Friedrich Neumann, Dr. Petersen-Hamburg und dem Vorsitzenden der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine Hartmann-Berlin gebildet. Bezeichnend ist, daß sämtliche Mitglieder des Ausschusses, sowie auch der Vorsitzende der Fraktion, dem rechten Flügel der Partei angehören.

Die panamerikanischen Arbeiter und der Völkerbund.

R. Basel, 10. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einem Havasbericht aus New York genehmigte der Kongreß der Panamerikanischen Arbeitervereinigung einstimmig einen Vorschlag Gompers, der darauf abzielt, daß alle Nationen der Welt dem Völkerbund beitreten können. Der Beauftragte Gompers, bei dem internationalen Kongreß der Trade-Unions, hat in Europa alle Maßnahmen zu treffen, um eine Zusammenarbeit mit den Arbeiterorganisationen in Europa herbeizuführen.

Norwegens Recht auf Spitzbergen.

V. Kopenhagen, 10. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der Pariser Korrespondent des „Exchange Telegraph" erfährt, daß der Oberste Rat der Verbündeten geneigt sei, die Forderung Norwegens auf Spitzbergen anzuerkennen, und zwar unter der Bedingung, daß Norwegen sich einer internationalen Kontrolle nicht widersetzt.

Dänemark und die Aufhebung der Blockade.

V. Kopenhagen, 10. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die durch die amerikanische Legation repräsentierten hiesigen Verbandsgesandtschaften haben sich vorgestern an das dänische Außenministerium mit der Frage gewandt, ob die dänische Regierung mit der Aufhebung aller einschränkenden Handelsübereinkünfte einverstanden sei, die mit dem Verband und den mit diesem im Krieg befindlichen Mächten bestanden, und zwar von dem Tage ab, an dem die Ratifikation des Friedens durch Deutschland dem Verband offiziell bekanntgegeben wird. Die dänische Regierung hat daraufhin dem Verband geantwortet, daß sie mit der Aufhebung aller Restriktionen einverstanden sei. Nachdem nun heute die Ratifikation des Friedens durch Deutschland dem Verband bekanntgegeben worden ist, kann also nunmehr die Blockade als aufgehoben gelten, und das handelspolitische Leben Dänemarks tritt damit in eine neue Epoche. Als erste unmittelbare Wirkung der neuen Verhältnisse ist die Wiedereröffnung der Telephonverbindung für Handelsgespräche zwischen Dänemark und Deutschland anzusehen. Die Wiederaufnahme des Exports nach Deutschland wird sich zunächst in einer Verbesserung der dänischen Handelsbalance ausdrücken, die in der letzten Zeit einen kolossalen Unterschuß aufwies. Im Mai d. J. führte Dänemark über 120 Millionen Kronen mehr Ware ein als aus. Mit Fortfall der Blockade und Wiedererrichtung vollständig freier Handelsverbindungen nach allen Seiten wird nunmehr ein harmonisteres Verhältnis zwischen Einfuhr und Ausfuhr nicht mehr lange auf sich warten lassen.

In dänischen Handelskreisen ist man der Meinung, daß nach Aufhebung der Blockade der Handel mit Deutschland in kurzer Zeit wieder aufblühen wird. Man unterschätzt allerdings die Schwierigkeiten nicht, die aus dem stark herabgeminderten wirtschaftlichen Vermögen Deutschlands sich ergeben. Vorläufig glaubt man, daß sich der Handel nach Deutschland als Kompensationshandel vollziehen wird, und nennt unter den deutschen Exportwaren an erster Stelle die Kohle. An der Spitze der verschiedenen Probleme, die die hiesigen Handels- und Finanzkreise im Augenblick besonders beschäftigen, steht die Frage nach der Stellung der dänischen Banken zu Deutschland. Während einer Reihe von Monaten haben sich die Banken gewegert, den deutschen Warenkauf durch Kreditgewährung irgendwelcher Art zu unterstützen. Man führt dieses Verhalten auf den Umstand zurück, daß der Verband vor einiger Zeit Deutschland die Erlaubnis verweigerte, 75 Millionen Kronen in Gold für Renten und Abzahlungen an Dänemark zu bezahlen. Unter den nunmehr von Grund aus veränderten Verhältnissen dürfte jedoch wohl eine Aenderung in der Haltung der dänischen Banken nur noch eine Frage kürzerer Zeit sein. So verlautet auch, daß innerhalb der skandinavischen Bankwelt gemeinsam geführte Verhandlungen stattfinden, welche die Frage der Kreditgewährung an Deutschland zum Gegenstand haben. In allen diesen Angelegenheiten ist jedenfalls mit einem gemeinsamen skandinavischen Vorgehen zu rechnen.

Die Schwierigkeiten des Kaiserprozesses.

Amsterdam, 10. Juli. Der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian" schreibt, je näher der Prozeß gegen den Kaiser rücke, desto größer seien die Schwierigkeiten, auf die man stoße. Es seien Anzeichen dafür vorhanden, daß vielleicht der ganze Prozeß aufgegeben werde, und man brauche nicht erst erstaunt zu sein, wenn demnächst eine amtliche Erklärung in diesem Sinne gegeben werde. In rechtskundigen Kreisen leise man die gesetzliche Unmöglichkeit einer gerichtlichen Verfolgung des Kaisers ein. Das gerichtliche Verfahren gegen die U-Bootkommandanten werde ohne Rücksicht auf die Frage des Kaiser-Prozesses mit vollständiger Zustimmung Amerikas energisch durchgeführt werden.

Versailles, 10. Juli. Der Amsterdamer Korrespondent des „Petit Journal" berichtet, wenn der Verband von Holland die Auslieferung des früheren Kaisers verlangt, wird die holländische Regierung die Angelegenheit dem Völkerbund zur Entscheidung unterbreiten und sich dessen Entschließung fügen.

Die große Vermögensabgabe.

Werden Steuervorlagen wohl jemals von allen Seiten mit dem Ruf begrüßt, daß sie zur rechten Zeit kommen? Auf diese Frage kann es nur ein „Nein" geben. Die einen werden stets meinen, daß die betreffenden Steuervorlagen zu spät erschienen, die anderen, daß sie zu früh eingebracht werden. Aber zuweilen sind es auch die gleichen Stellen, die erst Verzögerungen oder angebliche Verzögerungen nicht genug tadeln können und dann, wenn ein Steuergesetzentwurf unerwartet schnell erschient, ein bewegliches Klagelied anstimmen. Dieses Schicksal ist auch der Ankündigung, daß die große Vermögensabgabe nunmehr der Nationalversammlung zur Beschlußfassung vorgelegt werden soll, nicht erspart geblieben. Freilich werden nicht von allen denen, die gegen die baldige Erhebung der großen Vermögensabgabe Widerspruch erheben, lediglich Redensarten gebraucht wie die vom beabsichtigten „Durchpeitschen" oder die vom „Hetzausreißen aus einem noch unbekannten Steuerprogramm". Ein Teil der Opponenten operiert vielmehr mit Gründen, die, wenn sie sichhaltig wären, große Beachtung verdienten. Man glaubt nämlich mit der Gefahr rechnen zu müssen, daß der Ertrag der großen Vermögensabgabe, sobald er sich erst einmal im Reichsäckel befindet, von der durch unsere bisherigen Gegner einzusehenden Wiedergutmachungskommission mit Beschlag belegt würde, und stützt sich hierbei auf den Artikel 248 der Friedensbedingungen, aus dem folgender Satz zitiert wird: „Der gesamte Besitz und alle Einnahmequellen des Deutschen Reiches und der deutschen Einzelstaaten haften an erster Stelle für die Bezahlung der Kosten der Wiedergutmachungen . . ."

Wenn es überhaupt berechtigt wäre, diesen Satz so auszulegen, daß sein Ziel die Wegnahme von Eingängen ist, die das Reich hat, so muß man folgerichtig weitergehen und sagen, daß nunmehr nicht nur das Ergebnis der großen Vermögensabgabe, sondern alle Steuereingänge gefährdet sind. In Wirklichkeit kann aber die Haftung nur so ausgelegt werden, daß eine Wegnahme stattfindet, wenn wir unseren Verpflichtungen nicht nachkommen. Diese Verpflichtungen beschränken sich zunächst auf 20 Milliarden Mark Gold, die wir in Schuldverschreibungen auszustellen haben, und die wir bis spätestens 1. Mai 1921 (ohne Zinsen) unter Anrechnung bereits ausgeleisteter oder noch auszuleisteter Wertobjekte zu zahlen haben. Ferner haben wir 40 Milliarden Mark Gold in Schuldverschreibungen auszufertigen, deren Verzinsung mit 2½ Proz. im Jahre 1921 beginnt und deren Tilgung mit 1 Proz. unter Erhöhung der Zinsen auf 5 Proz. vom Jahre 1926 ab erfolgt. Erst wenn wir eine der hier erwähnten Bedingungen nicht erfüllen, könnten die alliierten und assoziierten Mächte die im Vertrage angedrohten Zwangsmittel anwenden. Abgesehen von dieser Rechtslage ist auf die Erläuterungen hinzuweisen, die die alliierten und assoziierten Mächte als Antwort auf die Bemerkungen der deutschen Delegation zu den Friedensbedingungen gegeben haben. Dort heißt es im Teil VIII: „Die der Wiedergutmachungskommission gegebenen Anweisungen schärfen ihr ein, der Reinwendlichkeit Rechnung zu tragen, die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und finanziellen Organisationen eines Deutschlands aufrecht zu erhalten, das sich aufrichtig anstrengt, seine volle Tatkraft der Wiedergutmachung . . . . zu widmen." Und weiter wird in Teil VIII unter anderem gesagt, daß die Kommission kein Recht habe, Deutschland seine innere Gesetzgebung zu diktieren und kein Recht, die Ausschreibung oder die Einziehung von Steuern anzuordnen. Das zeigt, daß die Finanzhoheit des Reiches nicht angetastet werden soll.

Weiter ist zu bedenken, daß nicht etwa die 70 Milliarden Mark oder mehr, die die Vermögensabgabe erbringen soll, auf einmal einkommen werden, vielmehr wird einem sehr großen Teil der Abgabepflichtigen die Verteilung der Abgaben auf eine Reihe von Jahren zugestanden werden müssen. Weiter kommt in Betracht, daß die Abgabe zum erheblichen Teil in Kriegsanleihe, Schatzwechseln und papierenen Zahlungsmitteln geleistet werden wird, wodurch sich zwar die Verpflichtungen des Reiches vermindern, ihm nicht aber greifbare Vermögensobjekte zufließen.

Für die Entente ist eine Ordnung der Finanzen des Reiches, insbesondere eine Abdeckung seiner schwebenden Schuld, wie sie durch die Vermögensabgabe angebahnt werden soll, außerordentlich wichtig, weil die Erstarkung des ganzen Wirtschaftskörpers erst dem Reich die Möglichkeit gibt, die Verpflichtungen, die es nach dem Friedensvertrag übernommen hat, zu erfüllen. Bei der Ordnung der Finanzen des Reiches werden auch die indirekten Steuern eine erhebliche Rolle spielen. Was politischen Gründen kann aber nicht daran gedacht werden, auf den allgemeinen Verbrauch Steuern zu legen, ehe nicht die große Vermögensabgabe zum Gesetz erhoben ist.

Auf die große Vermögensabgabe kann aus steuerlichen und wirtschaftlichen Zweckmäßigkeitsgründen auf keinen Fall verzichtet werden, aber auch ihre Verzögerung ist, wenn wir endlich eine Ordnung schaffen wollen, unmöglich. Alle Parteien sollten daran mitwirken, sie so zu gestalten, daß sie unter Schonung der für die Fortentwicklung wirtschaftsnotwendigen Kräfte dem Reiche einen möglichst großen Ertrag zuführt.

Französische Willkürakte.

Karlsruhe, 10. Juli.

Amtlich wird mitgeteilt:

Bekanntlich wurden am 26. Juni d. J. in Kehl Amtmann Werder und Amtsrichter Frisch wegen ihres rechtmäßigen Einschreitens gegen den Rechtsagenten Hompa, der sich bedauerlicherweise Unterleibe schuldig gemacht hatte, von den französischen Behörden verhaftet. Ihre Behandlung im Gefängnis ließ viel zu wünschen übrig, besonders schlecht ging es den Amtsrichter Frisch. Er bekam völlig unzureichende Kost, durfte die Zelle nicht verlassen und auch keinerlei Besuche empfangen. Etwas besser wurde der Amtmann Werder behandelt. Er durfte wenigstens jeden Tag im Hofe spazieren gehen. — Nun kommt aus Kehl die Nachricht, daß die beiden Beamten von den französischen Behörden abgeurteilt worden sind, und zwar erhielt Amtmann Werder sechs Monate und Amtsrichter Frisch drei Monate Gefängnis. Außerdem wurde beiden eine Geldstrafe von je 2000 M auferlegt. Als Grund der Verurteilung erfährt man, daß die beiden deutschen Beamten politische Verhaftungen vornehmen ließen, ohne der französischen Behörde davon Kenntnis zu geben. Hierzu waren sie aber nach den internationalen Bestimmungen der Haager Konferenz nicht verpflichtet. Es ist selbstverständlich, daß auch gegen dieses Urteil und seine grausame Härte bei den zuständigen französischen Instanzen Protest eingelegt wurde.